

# Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine**  
(Vierhundert).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 60.

Berlin, Mittwoch, 27. Juli 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Deutschland und die englische Schutzollbewegung. —  
Christliche Verleumdungen. — Frauen als Vorgesetzte. —  
Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Briefkasten.  
— Anzeigen.

## Deutschland und die englische Schutzollbewegung.

Die englische Schutzollbewegung leistet sich eine kostspielige Propaganda, indem sie englische Arbeiter auf ihre Kosten oder auf Kosten einzelner Mitglieder nach Deutschland schickt, um die sozialen Zustände während einer zehntägigen Rundreise zu „studieren“. An den ersten drei Touren beteiligten sich 149 Personen, von denen 119 kürzere oder längere Berichte erstatteten, die jetzt in einem Bande von 520 Seiten bereinigt im Druck erschienen sind. Das Unnütze des ganzen Unternehmens leuchtet selbst vernünftigen Engländern ein. Aber die Mehrzahl scheint wirklich zu glauben, daß man ohne Sprachkenntnisse und ohne Kenntnis der Faktoren, die die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Deutschlands im letzten Jahrhundert entwickelt haben, ein Urteil über die Wirkungen des deutschen Schutzollgesetzes fällen kann, nachdem man in zehn Tagen 10 bis 12 Städte durchlaufen hat, die auf eine Bahnstrecke von 2000 englischen Meilen verteilt sind. Nur wenige Berichterstatter sind so vorsichtig gewesen, nur die Tatsachen festzustellen und eine Schlussfolgerung über deren Ursachen, soweit sie nicht direkt festzustellen waren, abzulehnen.

Die Tatsachen an sich sind schon so verwirrt, daß jeder, der nur über die ersten hundert Seiten hinaus liest, im Zweifel bleiben muß, ob der deutsche Arbeiter mehr oder weniger verdient als sein englischer Kollege, ob er für Nahrung, Kleidung usw. mehr oder weniger zu zahlen hat, ob Arbeitslosigkeit, Armut und Elend existieren oder nicht. Man rechnet jedenfalls damit, daß jeder Mann, angeedelt von der ermüdenden Wiederholung derselben Tatsachen ohne individuelle Note in der Darstellung, das Buch nach der ersten halben Stunde beiseite legt. Wer jedoch die Mühe nicht scheut, findet falsche und mißverständliche Angaben, sowie Widersprüche in Hülle und Fülle. Die Besucher sahen keine „tramps“ (Vandstreicher), woraus sie schlossen, daß es in Deutschland keine gäbe. Sie sahen aber in Berlin ein Asyl für Obdachlose mit 4000 Betten, und man erzählte ihnen von der Existenz von Arbeitshäusern. Die eine Gruppe hat von der Existenz von 3 Arbeitsnachweiserinnen mit einigen hundert Arbeitslosen in Berlin erfahren; die andere gibt 150 Nachweise mit mehr als 100 000 Arbeitsuchenden an. Das Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften am Engel-Ufer soll nach mehreren Angaben dem englischen Board of Trade (Handelsministerium) entsprechen. Von der Existenz der Deutschen Gewerkvereine (S.-V.) und der christlichen Gewerkschaften hat man anscheinend nichts erfahren. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder wird auf 1 387 141 angegeben, und „alle Gewerkschaftler sind Sozialisten“.

Wie schon erwähnt, gehen die Ansichten über deutsche Löhne und Preise weit auseinander. Man ist sich jedoch einig, daß der deutsche Arbeiter besser lebt, und schreibt das der ständigen Beschäftigung in Deutschland zu, die durch den Schutzoll gesichert worden sei. Diese Ansicht ist natürlich nur dadurch möglich, daß man die schwankenden Zustände des letzten Jahrzehnts auf dem deutschen Arbeitsmarkt vollständig ignoriert. Die Engländer, denen man während der letzten Wahl von Werde- und Bundesleisch als ständiger Nahrung des deutschen Arbeiters erzählt hatte, waren von dem, was sie sahen — peinlichste Sauberkeit und keine zer-

rissenen Kleider und Schuhe wie in England — so verblüfft, daß sie vor lauter Licht die schweren Schatten nicht sahen, die auch im sozialen Leben Deutschlands vorhanden sind. Die Sozialisten in den drei Gruppen haben allerdings etwas schärfer gesehen. Entweder fehlen ihre Berichte unter den übrigen ganz, oder sie stellen fest, daß die Schutzollpolitik Lebensmittel und Kleidung verteuert, Mieten und Steuern gesteigert hat, ohne daß die Erhöhung der Arbeitslöhne damit gleichen Schritt gehalten hätte. Als Nebenurachen der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands werden sehr oft der Reichtum an Bodenprodukten, die wissenschaftliche, technische und kommerzielle Durchbildung des Volkes und die moderne Organisation des Geschäftsbetriebes erwähnt, aber nirgends kommt man ganz der Wahrheit nahe, daß diese angeblichen Nebenursachen es gewesen sind, die es möglich machten, daß Deutschland die harte Last der Schutzoll ertragen konnte, daß Deutschlands wirtschaftliche Zustände besser sind als die englischen nicht wegen des Schutzollgesetzes, sondern trotz seiner. England würde bei der Einführung von Schutzoll erheblich schlechter fahren, da es außer Kohle nennenswerte Bodenschätze nicht besitzt. Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft sind ziemlich unentwickelt, und der kommerzielle Wettbewerb mit Amerika und Deutschland in den Kolonien und im Auslande wird bei der Ignoranz und Konserwativität des englischen Durchschnittskaufmanns immer schwieriger. Ein Erfolg der Schutzollagitation unter solchen Verhältnissen könnte nur den Gesundheitsprozeß, der sich jetzt anbahnt, unterbrechen und den sicheren Untergang herbeiführen.

## Christliche Verleumdungen.

Die Christlichen sind wütend, daß ihnen in letzter Zeit manches vorbeigelungen ist. Dieser Aerger kommt in dem Aufsatz des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands unverhüllt zum Ausdruck, den wir bereits in unserer Nr. 57 gemühdigt haben und mit dem die christlichen Gewerkschaftsblätter jetzt haufieren gehen. In ihrer Wut wägen sie die Worte wenig ab, mit denen sie ihr Gift gegen die Gewerkvereine verspritzen. Unsere Gewerkvereine sollen eine „Zusfluchtsstätte zweifelhafter Organisationsgebilde“ sein. Wir wollen das Drum und Dran übergehen, um gleich auf die Sache selbst zu kommen.

Da ist es zunächst wieder einmal der Gewerkverein der lippeischen Ziegler, der trotz aller Bemühungen immer noch nicht zu den christlichen Gewerkschaften kommen will. Einmal war dieser Gewerkverein schon bei den Christlichen. Die lippeische Arbeiterkraft ist aber viel zu liberal gesinnt, als daß sie sich bei den Christlichen wohl fühlen könnte. Die erfolgte Trennung von den Christlichen wird nun so dargestellt, als ob die Ziegler aus dem Verbanne der christlichen Gewerkschaften hinausgeworfen worden wären. Damit stimmen nicht überein die bis in die jüngste Zeit gehenden Bemühungen, die Ziegler an den Verband der Christlichen von neuem anzuliefern. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte der zur christlichen Richtung gehörende Leiter des Gewerkvereins Herr Behrens erucht, einen Vortrag zu halten, und dieser war auch zugehört worden. An Herrn Behrens und an dem christlichen Führer der lippeischen Ziegler hat es nicht gelegen, daß aus dieser Sache nichts wurde. Unsere Bemühungen um die lippeischen Ziegler beschränken sich auf den einmaligen Besuch des Zieglerfestes in Detmold. Wir haben die Berufsverhältnisse der Ziegler eingehend geschildert, aus denen es sich erklärt, daß hier die Meister und Gesellen in ein und derselben Organisation vereinigt sind. Es hat sich aber bereits eine

besondere Meisterorganisation gebildet, die indes bisher nur einen Teil der Meister gewinnen konnte. Der Anschluß der Ziegler an die Gewerkvereine würde wohl schon erfolgt sein, wenn nicht der „christliche“ Beamte der Ziegler dies bisher verhütet hätte in der Hoffnung, die Ziegler doch noch wieder zu den Christlichen zurückbringen zu können. Es wäre ihm dies wohl auch schon gelungen, wenn die christlichen Gewerkschaftsführer, die im Reichstagslage sitzen, nicht eine so behauerliche Rolle bei der Reichsfinanzreform gespielt hätten.

Dann hat es den Christlichen der Schwedische Arbeiterbund angetan. Dieser hat sowohl unseren vororigen Verbandstag wie auch die Züricher internationale Konferenz durch Vertreter besuchen lassen. Die christlichen Gewerkschaften hätten den Schwedischen Arbeiterbund mit offenen Armen empfangen, wenn dieser seine Bereitwilligkeit zum Anschluß an diese hätte auch nur andeutungsweise erkennen lassen. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätten die christlichen Gewerkschaften den am schwedischen Generalstreik beteiligten Bund gewiß auch unterstützt. Es wäre dann dem Bund dieselbe Freundschaft erwiesen worden, wie sie der Gutenbergbund durch die Christlichen erfahren hat. Die christlichen Gewerkschaftsblätter haben den Gutenbergbund vor seinem Anschluß an die Christlichen genau so beurteilt, wie heute ihr Zentralblatt die Verbände beurteilt, die sich nicht von den Christlichen einfangen ließen. Als dann endlich der Gutenbergbund „christlich“ geworden war, wurde das Vergangene mit dem Mantel christlicher Liebe zugedeckt, und aus dem einstigen gelben Bund ein Ausbund tüchtigster Gewerkschaftsart gemacht.

Und dann die Brauer! Diese für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen, war man heiß bemüht, auch noch auf dem vor wenigen Tagen in Dresden abgehaltenen Delegiertentage des deutschen Brauerbundes. Wir waren auf demselben vertreten. Die Brauerdelegierten christlicher Richtung protestierten gegen unsere Anwesenheit, weil nicht auch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften zur Stelle war. Der Delegiertentag beschloß, den Christlichen anheimzustellen, auch ihrerseits einen Vertreter einzuladen. Das geschah sofort auf telegraphischem Wege. Herr Stegerwald wäre auch bestimmt gekommen, wie aus dem Inhalt seines Antworttelegramms hervorging, wenn er nicht für diese Zeit bereits eingegangene Verpflichtungen auszuführen gehabt hätte. Und weil nun Herr Stegerwald nicht kommen konnte, protestierten die Christlichen dagegen, daß unserem Vertreter zur Gewerkschaftsfrage das Wort erteilt wurde. Von den Brauervereinen gehören 9 den christlichen Gewerkschaften an und 15 unserem Verbanne. Infolge des Verhaltens der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Finanzreform sind 5 Vereine aus den christlichen Kartellen ausgeschieden. Der größere Teil der Vereine ist aber weder den Christlichen, noch uns angegeschlossen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einige dieser Vereine, die weder zu den Christlichen, noch zu uns gehören, gelbe Allüren haben. Derjenige Verband, der sie aufnimmt, hat also selbstverständlich die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Vereine einen gewerkschaftlichen Charakter bekommen. Wären die Brauervereine aber ausnahmslos solcher Art, wie sie im christlichen Zentralblatt geschildert werden, dann ist es doch recht eigentümlich, daß die christlichen Gewerkschaften die ihnen angegeschlossenen Vereine nicht längst ausgesprochen haben. Obgleich uns auf dem Delegiertentage durch den Willen der Christlichen der Mund verschlossen wurde, waren doch für

den Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerksvereine 56 und dagegen nur 31 Stimmen. Und merkwürdig! Die 31 Stimmen setzten sich zusammen in der Hauptsache aus den Vereinen christlicher Gewerkschaften und den Vereinen, die bisher weder zu uns, noch zu den Christlichen gehörten, und die nach Meinung der Christlichen zu den „Selben“ gerechnet werden müßten. Wäre der Anschluß der Frau an die Christlichen erfolgt, so würden sie sicherlich mit derselben Liebe bedacht worden sein wie der Gutenbergbund. Was aber für die Christlichen nicht zu haben ist, das taugt nichts.

So ging es doch auch mit dem Frieschen Eisenbahnerverband. Dem damaligen Führer Peter Wolz wurde ein Zentrumsmandat für den Landtag zugesichert, wenn er dafür den Verband an die Christlichen zu verschächern bereit gewesen wäre. Derselbe Mann aber, den man für würdig hielt, daß er als Zentrumsabgeordneter in das Parlament einzog, wurde, als der Plan mißlang, verleumdet und mit den stärksten Schimpfwörtern belegt. Weil man den Frieschen Verband nicht gewinnen konnte, gründete man eine christliche Gewerkschaftsorganisation der Eisenbahner und machte denselben Verband, um den man sich so lebhaft bemüht hatte, so schlecht wie möglich.

Genau so geht es jetzt auch mit dem Schwäbischen Eisenbahnerverband, der dem damaligen Führer Peter Wolz wurde ein Zentrumsmandat für den Landtag zugesichert, wenn er dafür den Verband an die Christlichen zu verschächern bereit gewesen wäre. Derselbe Mann aber, den man für würdig hielt, daß er als Zentrumsabgeordneter in das Parlament einzog, wurde, als der Plan mißlang, verleumdet und mit den stärksten Schimpfwörtern belegt. Weil man den Frieschen Verband nicht gewinnen konnte, gründete man eine christliche Gewerkschaftsorganisation der Eisenbahner und machte denselben Verband, um den man sich so lebhaft bemüht hatte, so schlecht wie möglich.

Blamabler hätte dieser Verleumdungsfeldzug der Christlichen nicht ausgehen können. Unwillfürlich wurde man an das Wort bei Waldecks Freisprechung erinnert: „Ein Dubsenstück, erionnen, einen ehrlichen Mann zu verderben.“ Trotz dieses Ausgangs aber sehen die Christlichen ihr trauriges Verleumderhandwerk fort. Was gilt die Bette? Wenn Herr Roth Buße tun wollte in Saß und Asche, bis er schwarz überzogen wäre, dann würden die Christlichen ihn als ihren Helden feiern und dann gäbe es auch für sie keinen ehrlicheren Menschen als den Generalsekretär des Schwäbischen Eisenbahnerverbandes. Einem anständigen Menschen kann es ob solcher Methode christlicher Gewerkschaftstaktik übel werden, und uns ist es übel geworden.

### Frauen als Vorgekehrte.

Je mehr die Frauen in das Erwerbsleben eintreten, desto häufiger kommt es auch vor, daß sie in höhere Stellungen gelangen. Wurde früher die Arbeit der Frau fast durchweg nur als vorübergehend angesehen, als ein Durchgang zur Ehe, so wird dagegen heute die Berufstätigkeit auch von vielen Frauen als für das ganze Leben dauernd betrachtet. Wenn auch schließlich eine Verheiratung als möglich in Betracht gezogen wird, so wird doch recht häufig die Berufswahl so getroffen und die Berufsausbildung so getrieben, daß sich die Frauen auch allein durchs Leben bringen können. Infolge dieser besseren Vorbildung, weil die Frauen der Berufsarbeit vielfach größeres Interesse entgegenbringen und auch, weil jetzt im Gegenlaß zu früher recht häufig ältere Damen in der Berufsarbeit tätig sind, nehmen jetzt die Frauen vielfach Stellungen ein, die sie zu Vorgekehrten machen. Und nicht nur Geschlechtsgenossinnen gegenüber ist dies keine Seltenheit mehr. Noch vor wenigen Jahrzehnten wäre der Gedanke, daß ein Mann, von ganz besonderen Fällen abgesehen, in seiner beruflichen Tätigkeit den Anordnungen von Frauen nachkommen muß, beinahe unmöglich gewesen; heute aber findet sich ein solches Ueberordnungsverhältnis

der Frauen gegenüber Männern beinahe in allen Berufen, bei den Privatangestellten und Beamten der verschiedenartigsten Kategorien, im Handel, Verkehr und in der Industrie, in Laboratorien, im Versicherungsgewerbe, in Werkstätten, gemeinnützigen Unternehmungen usw.

Vor kurzem hatten preußische Lehrer eine Eingabe gemacht, in der verlangt wurde, daß die Lehrerinnen in keinem Falle als Vorgekehrte von Lehrern eingereiht würden. Eine derartige Gegnerschaft zu den Frauen, besonders wenn diese Vorgekehrte sind, trat in der ersten Zeit, als sich die Frauen die verschiedensten Arbeitsgebiete eroberten, häufiger hervor; je länger aber die Frauen im Erwerbsleben stehen, desto mehr hat auch die Gegnerschaft zu den Frauen als Mitarbeiterinnen und Vorgekehrte abgenommen, und je häufiger hat sich schon ein recht kollegiales Verhältnis herausgebildet. Auch der preußische Kultusminister und der preußische Landtag haben die Forderungen, daß Frauen nicht Vorgekehrte sein können, abgelehnt. Schließlich liegt ja auch kein Grund vor, Frauen, die wirklich Tüchtiges leisten, den Zutritt zu höheren Stellungen zu verweigern. So wie jetzt die sozialen Verhältnisse und die Heiratsaussichten der Frauen liegen, ist an eine Zurückdrängung der Frauenarbeit auf keinen Fall zu denken. Deshalb aber liegt es viel mehr im Interesse der männlichen Berufstätigen, daß sich die Frauen tüchtige Kenntnisse aneignen, damit sie nicht dauernd Vordruckerinnen bleiben. Der Grund, warum Frauen noch vielfach den Männern vorgezogen werden, liegt hauptsächlich darin, daß sie billiger arbeiten. Steigen aber die Leistungen der Frauen, so werden auch, wie schon vielfach beobachtet worden ist, die Ansprüche größer, und es fällt die Bevorzugung der Frauen wegen billigerer Löhne fort. Es liegt auch im volkswirtschaftlichen Interesse, daß bei der Auswahl zu den höheren Stellungen nur die Befähigung, nicht aber die Geschlechtszugehörigkeit entscheidend ist, denn je mehr es zutrifft, daß der einzelne Volksgenosse an den seinen Leistungen entsprechenden Platz gestellt wird, desto besser ist dies für das wirtschaftliche Gedeihen der Gesamtheit.

Vielmehr können den Frauen auch noch bessere Stellungen erschlossen werden, ohne daß dem Mann Konkurrenz gemacht wird. Das ist besonders der Fall in solchen Industriezweigen, in denen hauptsächlich Geschmack und manuelle Geschicklichkeit in Betracht kommen. In manchen Modebranchen Deutschlands können die oberen und sehr gut bezahlten Stellungen als Directrices, Entwerferinnen usw. nur mit ausländischem Personal besetzt werden, wogegen die deutschen Angestellten und Arbeiterinnen wegen ihrer geringen Ausbildung mit den niedrigsten Löhnen zufrieden sein müssen. Die ausländischen Angestellten aber tragen dafür wiederum manche Eigenheiten der deutschen Industrie mit ins Ausland. Wenn Deutschland in Modeangelegenheiten immer noch hinter fremden Ländern zurücktritt, so ist dies zu einem guten Teil auch darauf zurückzuführen, daß die weiblichen Angehörigen der hierfür in Betracht kommenden Industrien in Deutschland noch nicht die Leistungen aufweisen, die im Ausland anzutreffen sind. Ist es eine Notwendigkeit, daß auch die Frauen auf ihren Arbeitsgebieten zu höheren Stellungen gelangen und damit auch in höhere Stellungen kommen, so muß man aber auch die Frau als Vorgekehrte gelten lassen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 26. Juli 1910.

Agitationsmaterial. Wiederholt und lebhaft ist in den Reihen der Kollegen der Wunsch geäußert worden, es möchten mehr Agitationsbroschüren vom Verbands herausgegeben werden. Diesem Verlangen hat der Verbandsrat Rechnung getragen durch den Beschluß, eine Anzahl von Schriften drucken und zum Selbstkostenpreise an die Gewerksvereinsmitglieder abgeben zu lassen. Die Broschüren sollen nunmehr im Druck erschienen, und an den Kollegen liegt es jetzt, dieselben zu erwerben und im Interesse unserer Sache zu verwenden. Wenn die Schriften in größeren Mengen bezogen werden, können dieselben zu einem billigeren Preise geliefert werden. Nähere Auskunft gibt darüber ein in dieser Nummer veröffentlichtes Inserat. Es empfiehlt sich deshalb, daß in den einzelnen Ortsvereinen der Schriftführer oder ein anderer Kollege die Aufträge entgegennimmt und die Beforgung der gewünschten Broschüren erledigt. Zu diesem Zwecke

wird den einzelnen Ortsvereinen in der nächsten Zeit mit ihrer Sachorganisation eine Karte zugehen, die als Bücherbestellzettel gilt, und auf der die Anzahl der gewünschten Broschüren angegeben werden kann. Diese Karte ist dann ausgefüllt an den Verbandssekretär, Kollegen Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23, zu schicken unter gleichzeitiger Einbindung des Betrages für die bestellten Broschüren.

Es liegt im Interesse unserer Bewegung, daß unsere Schriften möglichst zahlreich in die Hände der Mitglieder gelangen. Wir bitten deshalb, daß in den nächsten Ortsvereinsversammlungen auf die Bedeutung der Broschüren als Agitationsmaterial hingewiesen und zu recht zahlreichen Bestellungen aufgefordert wird.

Im Hamburger Holzgewerbe ist es nunmehr zum offenen Kampfe gekommen. Die in dem von uns veröffentlichten Rundschreiben enthaltenen Mahnungen an die Pianofortarbeiter sind natürlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Die „Genossen“ weigern sich, neu eingestellte Arbeiter, die nicht dem Holzarbeiterverbande angehören, anzulernen und legen die Arbeit nieder. Infolgedessen hat sich die Firma Steinway u. Sons mit einem Schreiben an die von ihr beschäftigten Arbeiter gewandt, daß sie sich genötigt sehe, ihren Arbeitern eine Erklärung vorzulegen, die sie unterzeichnet bis zum 20. Juli abzuliefern haben; in anderen Fällen müßte die Firma annehmen, daß die betreffenden Arbeiter ihre Tätigkeit in der Fabrik aufzugeben gedenken. Die von der Firma verlangte Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ich bestätige ausdrücklich, daß ich sämtliche Bestimmungen der Arbeitsordnung für gültig und verbindlich anerkenne.“

Ich erkenne ferner an, daß ich verpflichtet bin, in meinem Fache diejenigen Arbeiter anzulernen, die mir zu diesem Zweck von der Betriebsleitung durch deren Werkmeister zugewiesen werden.“

Hamburg, Juli 1910.

Die Firma fügt hinzu, daß sie sich zu dieser Feststellung veranlaßt sehe, weil einige Arbeiter ihre Plätze unter dem Vorgeben niedergelegt haben, daß sie besüßerten, von Arbeitern, die nicht dem Holzarbeiterverbande angehören, aus ihren Stellen verdrängt zu werden. Dem widerspreche die Erklärung des Chefs der Firma, der der Arbeiterkommission gegenüber wiederholt betont hat, daß die in den letzten Wochen neu eingetretenen Leute lediglich zu dem Zwecke angestellt sind, die notwendige Erweiterung des Geschäftsbetriebes zu ermöglichen, nicht aber in der Absicht, die alten Arbeiter zu verdrängen.“

Die Erklärung der Firma ist von rund 200 Arbeitern unterschrieben worden, die unserem Gewerksverein der Holzarbeiter angehören, unorganisiert sind oder bisher Mitglieder im Holzarbeiterverbande waren. Die übrigen Arbeiter, auch etwa 200 an der Zahl, haben die Unterschrift verweigert und dementsprechend die Arbeit bei Steinway u. Sons niedergelegt. Es ist klar, daß nunmehr der Kampf sowohl gegen die Firma als auch gegen unsere Organisation, der es in erster Linie gilt, in voller Schärfe entbrennen wird. Das Recht steht zweifellos auf unserer Seite. Für uns gilt es, die Gleichberechtigung mit dem Holzarbeiterverband durchzusetzen, und zur Erreichung dieses Zieles müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Das Geschrei von jener Seite mag noch so laut sein, es darf uns nicht beirren. Dem verbänderlichen Terrorismus, der sich auch hier wieder in brutaler Weise breit zu machen sucht, muß endlich einmal Einhalt geboten werden.

Die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden gibt noch immer Anlaß zu gerichtlichen Verhandlungen, die meistens bis zur höchsten Instanz, zum Kammergericht, fortgeführt werden. So veröffentlicht die „Deutsche Juristenzeitung“ in Nr. 13 ein Urteil des Kammergerichts vom 30. Mai d. J. über den Begriff der öffentlichen politischen Versammlung. Darin wird folgendes ausgeführt:

„Obgleich eine Vereinsversammlung der Regel nach öffentlich sein wird, kann sie doch den Charakter einer öffentlichen Versammlung gewinnen, wenn der Zutritt außer den Vereinsmitgliedern und den Gästen noch anderen Personen freisteht und dadurch die Beschränkung der Teilnehmer auf einen individuell begrenzten Personenkreis aufgehoben wird. Die Strafkammer irrt daher, wenn sie dem Umfange Bedeutung beimißt, daß die Aufforderung an eine bestimmte Personenzahl gerichtet

war. Nicht wer eingeladen, sondern in welchem Umfang es tatsächlich eine unbefristete Personennachfrage zugelassen war, ist entscheidend. Letztere Möglichkeit ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Zimmer, wie die Strafkammer feststellt, nicht „ohne weiteres“ andere Teilnehmer als die Vereinsmitglieder zuließ. Ob eine Versammlung in öffentlichen oder im Privattraum abgehalten wird, ist für die Beurteilung der Frage, ob sie selbst öffentlich ist, unerheblich. Auch die Feststellung, es sei nicht erwiesen, daß sich die Versammlung mit politischen Angelegenheiten „befaßt“ habe, gibt zu Bedenken Anlaß. Nach § 5 des Reichsvereinsgesetzes unterliegt der Anmeldepflicht, wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstalten will. Hiernach ist nicht entscheidend, ob eine Erörterung derartiger Angelegenheiten tatsächlich stattgefunden hat, sondern ob der Angeklagte bei der Einberufung solchen Zweck verfolgte. In der erneuten Verhandlung wird die Strafkammer zu berücksichtigen haben, daß dieselbe Angelegenheit sowohl vom politischen wie vom nichtpolitischen Gesichtspunkte aus erörtert werden kann. Wenn die den Gegenstand der Tagesordnung bildende Arbeiterbewegung in W. eine wirtschaftliche Frage ist, so schließt dies nicht aus, daß diese Frage vom sozialpolitischen Gesichtspunkte aus behandelt und daß ihre Behandlung dadurch, soweit nicht etwa lediglich die in § 6 Abs. 3 des Reichsvereinsgesetzes bezeichneten Ziele in Betracht kämen, Erörterung einer politischen Angelegenheit werden sollte.“

Bei der Beratung des Vereinsgesetzes erklärte der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr v. Bethmann-Sollweg, es werde dafür gesorgt werden, daß das Vereinsgesetz in freierlichem Sinne gehandhabt wird. Aber weder das Verhalten der Polizeibehörden, noch die zahlreichen Gerichtsentscheidungen lassen von einer freihandhabung etwas merken.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Schmiedegewerkschaften in Berlin nimmt einen für die Arbeiter durchaus günstigen Verlauf. Wenn auch die Innungsmeister in ihren Verammlungen es so hinzustellen versuchen, als müßten die Gewerkschaften den Widerstand aufgeben, nimmt doch von Tag zu Tag die Zahl derjenigen Meister zu, die die Forderungen der Gewerkschaften bewilligt haben. — In Magdeburg ist der Ausbruch der Kupfer- und Schmiede zugunsten der Arbeiter beendet worden, wenn es auch nicht möglich war, einen Tarif abzuschließen. — Der Kampf in der Nürnberger Bleistiftindustrie dauert fort. Die von einem Magistratsmitgliede der Stadt Nürnberg versuchten Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Fabrikanten die von den Arbeitern geforderten Mindestlöhne nicht zahlen zu können erklären.

In Ungarn war eine große Aussperrung der Metallarbeiter angebrochen worden. Zwischen den streitenden Parteien ist es jedoch zu einer Einigung gekommen, so daß die Aussperrung unterbleiben wird. — Zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks auf den Kanadischen Bahnen sind Einigungsverhandlungen eingeleitet, die allerdings noch nicht zum Abschluß gelangt sind. — Weil in einigen Spinnereien in Brünn ein Teil der Arbeiter die Arbeit einstellte, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, sind in 43 Textilbetrieben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Ihre Zahl beträgt über 12 000. Es sind Einigungsverhandlungen angebahnt worden, die auch dazu geführt haben, daß am Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — In den Kohlengruben des Loirebeckens (Nordfrankreich) herrscht unter den Bergarbeitern eine große Erregung, die den Ausbruch eines umfangreichen Streiks befürchten läßt.

**Unbulsamkeit in den evangelischen Arbeitervereinen.** Unter dieser Ueberschrift macht ein „Gesslich-Rassauischer Volksboten“, Organ des Mittelrheinischen Verbandes evang. Arbeitervereine, ein Herr W. seinem Unmut Luft über folgenden Inserat im „Niederlausitzer Anzeiger“:

Zwecks Gründung eines evangelischen Arbeitervereins findet am Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 3 Uhr in Stresemanns Restaurant, langer Danm 1, eine Besprechung statt. Alle künftigen Bürger, Handwerker und Arbeiter sind freundlich eingeladen. Sozialdemokraten und Kirch-Dunterische ausgeschlossen. Der Einberufer.

Als Verfasser dieses Inserats wird der in der Lausitz tätige Arbeitersekretär Langer, ein Schüler des H. W. Mumm, vermutet. Herr W. hält es für notwendig, diese Praktiken energig zurückzuweisen. Es könne auf keinen Fall zugegeben werden, daß die in den Kirch-Dunterischen Gewerksvereinen organisierten Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine durch solche verletzenden, intoleranten, wenig christlichen Sinn verratenden Inserate einer Kränkung ausgesetzt werden.

„Nach besteht im Gesamtverband evang. Arbeitervereine der Beschluß zu Recht, daß wir allen auf christlichem wie auf nationalem Boden stehenden Gewerkschaften und Gewerksvereinen gleich freundlich gegenüber stehen, unseren

Mitgliedern die gewerkschaftliche Organisation empfehlen und ihnen den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften wie die Kirch-Dunterischen Gewerksvereine freistellen. Diesen Grundregeln muß auf alle Fälle von den Landesverbänden bei der Aufnahme neuer Vereine Geltung verschafft werden, und wir hoffen, daß dies auch bei dem betr. Landesverband bei einem eventuellen Aufnahmewunsch des auf Grund obigen Inserats in Hinstenwalde entstandenen evang. Arbeitervereins geschieht. Cuertreibereien, wie sie auch in Süddeutschland von gewissen Herren zum Schaden unserer evang. Arbeitervereine getrieben werden, müssen wir uns auf alle Fälle verbitten.“

In der Tat sind die Christlichen hier und da bemüht, ihre Alleinherrschaft in den evangelischen Arbeitervereinen zu errichten. Gelingen wird ihnen das nicht, wie obige Ausführungen am besten zeigen.

**Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.** In der Dienstagnummer des „Vorwärts“ wird noch einmal der Kampf der schweizerischen Brauereiarbeiter in einem spaltenlangen Artikel erörtert. Auch jetzt noch vermeidet es das sozialdemokratische Zentralorgan, seinen Lesern klipp und klar den wahren Grund des Kampfes anzugeben. Es wird vielmehr mit dem üblichen Phrasenschnal um den Kern der Sache herumgeredet, wobei dem „Vorwärts“ ein eigenartiges Mißgeschick passiert. Das Blatt schreibt nämlich, daß die Schweizer Brauereiarbeiter „lediglich aus Gründen der Selbsterhaltung durch den Vertragsentwurf verlangt haben, daß in Zukunft die Arbeiter durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises der Brauereiarbeiter eingestellt werden sollen“.

An einer anderen Stelle heißt es: „In dem großen Kampfe der Schweizerischen Brauereiarbeiter handelt es sich jetzt nicht mehr um Fragen des Arbeitsnachweises, Löhnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung allein, sondern um Sein oder Nichtsein, um die Existenz der Organisation.“

Meint denn der „Vorwärts“ nicht, daß dieselben Rechte, die er für die sozialdemokratischen Brauereiarbeiter in Anspruch nimmt, auch den nichtsozialdemokratischen Brauereiarbeitern zustehen? Auch bei diesen handelt es sich um die Selbsterhaltung, um Sein oder Nichtsein, um die Existenz der Organisation. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Das ist allerdings ein Grundlag, der von den „Genossen“ nicht anerkannt wird. Auch wenn an einer späteren Stelle des Artikels das „brutale Aushungern der organisierten Kollegen“ durch die Aussperrung verurteilt wird, so verdient die Aushungernung nicht sozialdemokratisch organisierter Arbeiter durch die „Genossen“ eine noch viel schärfere Verurteilung.

So hat der „Vorwärts“ indirekt selbst das Verhalten der nichtsozialdemokratischen Schweizer Brauereigenossen gerechtfertigt. Man sieht, daß die Wahrheit sich schließlich auch dort Bahn bricht, wo man ihr grundsätzlich feindlich gegenübersteht.

**Eine merkwürdige Auffassung vom Wesen der modernen Sozialpolitik** befindet die Handelskammer in Duppeln in ihrem jenseit erschienenen Jahresbericht. Darin heißt es:

„Im Hinblick auf all die neuen Vorlagen sozialpolitischer Gesetzgebung haben Handel und Industrie den dringlichen Wunsch, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht wie bisher der Sozialdemokratie ständig weitere Gelegenheiten biete, die Arbeiterbevölkerung agitatorisch zu verheizen, und daß bei allem Wohlwollen der Industrie für ihre Arbeiter vor allen Dingen endlich einmal Stillstand in der Gesetzgebung eintreten möchte. Handel und Industrie bedürfen dringend eines nicht zu kurz zu bemessenden Ruhens der Gesetzgebungsmaschine auf sozialdemokratischem Gebiet, um sich in die erfolgten Umwälzungen allmählich einzuleben. Die durch die künftigen neuen Gesetze bedingten Störungen des Erwerbslebens müssen und werden schließlich im letzten Ende auch für die Arbeiter selbst nachteilige wirtschaftliche Folgen haben.“

Wenn man berücksichtigt, daß die Handelskammer in Duppeln von den oberdeutschen Grubenmagnaten vollständig beherrscht wird, wird man sich über derartige Auslassungen nicht wundern. Interessant aber wäre es, zu erfahren, in welcher Weise die sozialpolitische Gesetzgebung der Sozialdemokratie ständig Gelegenheiten bieten soll, die Arbeiterbevölkerung agitatorisch zu verheizen. Wir waren bisher der Meinung, daß eine solche Verheißung viel erfolgreicher betrieben werden kann, wenn auf sozialpolitischem Gebiete zu wenig geleistet wird.

**Meisterlehre oder Lehrwerkstätten.** Die Berliner Handwerkskammer hat bei sämtlichen deutschen Handwerks- und Gewerkskammern eine Umfrage veranstaltet, um festzustellen, ob die neuerdings weit verbreitete Ansicht, daß der Meister in der Regel den Lehrling nur ausbeute und an keiner

Ausbildung kein uneigennütziges Interesse habe, berechtigt oder unberechtigt ist, und ob die gesetzlichen Handhaben der Innungen, der Handwerks- und Gewerkskammern genügen, um einen eventuellen Mißbrauch der Lehrlingshaltung zu verhindern, bezw. die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses zu gewährleisten, und zwar ohne Erlass der Meisterlehre durch Lehrwerkstätten. Von 59 Kammern sind darauf Antworten eingegangen. Die Kammer von Augsburg ist zu dem Urteil gelangt, daß der Erlass der Meisterlehre durch eine dreijährige Werkstattlehre möglich erscheine. Alle übrigen Kammern dagegen haben erklärt, daß ein vollgültiger Erlass der Meisterlehre durch Lehrwerkstätten ausgeschlossen sei. Die Kammer in Stadthagen fügt hinzu, daß das Betreiben, Lehrwerkstätten für die Allgemeinheit einzurichten, auf das schärfste bekämpft werden müsse, und die Kammer Koblenz bemerkt, daß, wenn auch in einzelnen Fällen der Lehrmeister dem Lehrling gegenüber seine Pflicht nicht erfülle, es trotzdem verfehlt sei, die Lehrwerkstätten als Allheilmittel für den Nachwuchs im Handwerkerstande zu empfehlen. Wenn der Gedanke der Lehrwerkstätten weiter Fuß fäße, so werde die Folge sein, daß der Nachwuchs die innige Berührung mit den Vorkommnissen des täglichen Lebens, die ihm durch die Meisterlehre gewährt werde, völlig verliere. Dagegen fordern die Handwerkskammern Münster und Weimar nicht den Erlass der Meisterlehre, sondern ihre Ergänzung durch den Besuch von Fach-, Gewerbe- und Fortbildungsschulen, sowie von gewerblichen Zeichen- und Fortbildungskursen, die allen technischen und theoretischen Anforderungen genügen. Weiter wird zum Ausdruck gebracht, daß man bei der Errichtung von Lehrwerkstätten vorichtig sein müsse und dieser Frage überhaupt nur dann näher treten dürfe, wenn ein zwingendes Bedürfnis vorliegt.

**Die Lohnbewegung auf den deutschen Seeschiffswerften** läßt es angebracht erscheinen, einige Zahlen über Größe, Arbeiterschaft usw. zu bringen. Nach der „Berl. Volksztg.“ beläuft sich das in den deutschen Seeschiffswerften angelegte Kapital auf über 200 Millionen Mark. Die Grundfläche der 31 hauptsächlichsten Privatwerften beträgt 429 Hektar, wozu noch 785 Hektar von den drei kaiserlichen Werften in Kiel, Wilhelmshaven und Danzig kommen. Das größte Gelände unter den Privatwerften besitzt die Firma F. Schichau in Elbina, Danzig und Billow mit zusammen 86 Hektar. An Beamten und Arbeitern sind auf den großen Privatwerften an der Rüste und den drei kaiserlichen Werften insgesamt 68 430 beschäftigt, wovon auf die ersteren 45 430, auf die Reichswerften 23 000 entfallen. Im ganzen werden zurzeit in der deutschen Schiffbauindustrie über 70 000 Personen beschäftigt gegen rund 52 000 im Jahre 1900. Das zahlreichste Personal beschäftigt der Stettiner „Vulkan“, nämlich 7600 Personen. Dann folgen die Schichauwerften mit zusammen 7100, Blohm u. Bohn in Hamburg mit 5100, die Westwerk mit 4230 und die Germaniaerft in Kiel mit 3500 Personen.

**Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein!** Die „Einigkeit“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, also der radikalsten Richtung in der Arbeiterbewegung, führt wieder einmal Klage über ein Stückchen, das sich die Verbändler in Köln geleistet haben. Eine Anzahl Bauhilfsarbeiter, die mit dem Tarifabschluß im Baugewerbe unzufrieden waren, wollte aus dem Zentralverbande ausscheiden und teilte dies in einem gemeinsamen Schreiben dem Lokalbeamten Georg Fröhlich in Köln mit. Dem Herrn packte das natürlich nicht. Er wollte diese summarische Mitteilung nicht gelten lassen und verlangte, daß die betreffenden Arbeiter sich persönlich unter Vorlegung ihrer Papiere abmelden sollten, widrigensfalls sie als Schuldner des Verbandes gestriden werden würden. Da sie außerdem keine Gründe für ihren Austritt angeben hatten, wurden sie aufgefordert, am 14. Juli zu einer Aussprache nach dem Lokal von Unkelbach zu kommen, um dort die Gründe für das Ausscheiden darzulegen. Das Schriftstück trug den Verbandsstempel und war unterzeichnet vom Lokalbeamten Georg Fröhlich. In welcher Weise die „Aussprache“ vor sich gegangen ist, zeigt folgende Schilderung der „Einigkeit“:

„In dem Parteiverkehrslokal von Unkelbach erschienen nun abends acht von den ausgeschiedenen Kollegen. Georg Fröhlich war mit 60 bis 70 seiner Getreuen erschienen und nach kurzem Wortwechsel gingen die Befehlsversuche los. Georg Fröhlichs ganze Meute fiel über die acht Kollegen her mit Stühlen und Biergläsern. Fröhlich zog es vor, zu verduften und seine Mannschaft allein „arbeiten“ zu lassen.“

Mir müssen natürlich die Verantwortung für die Wahrheit dieser Schilderung der „Einigkeit“ überlassen. Nach der Kampfesweise jedoch, welche die „Genossen“ Andersdenkenden gegenüber sonst anwenden, liegt keine Ursache vor, an obiger Darstellung zu zweifeln.

**Trinkgeldebzüge im Gastwirtschaftsgewerbe und gute Sitten.** In einem größeren Café in Wiesbaden waren die Kellner gezwungen, an den Besitzer einen bestimmten Prozentsatz vom Umsatz zu zahlen, obwohl sie keinen Pfennig festes Gehalt beziehen. Ein Kellner, der mehrere Jahre dort beschäftigt war, unlängst aber seinen Posten verließ, klagte nun beim Gewerbegericht gegen den Caféinhaber auf Rückzahlung der ihm in den zwei letzten Jahren abgezogenen Beträge, die er nach längeren Aufzeichnungen auf insgesamt rund 1500 Mark angab. Da der Cafébesitzer zur Verhandlung nicht erschienen war, erging ein Vermädnisurteil gegen ihn, gegen das er aber rechtzeitig Einspruch erhob. Am 8. Juli kam die Angelegenheit zur entscheidenden Verhandlung. Wie die „Soz. Prax.“ mitteilt, hatte der Kläger von verschiedenen Seiten Gutachten beigebracht, die sämtlich Abzüge des Prinzipals vom Trinkgelde eines unbefindlichen Kellners für unbillig erklärten.

Das Gewerbegericht vermied eine grundsätzliche Entscheidung und schlug den Parteien einen Vergleich vor. Der Caféinhaber gab seinen Anteil am Trinkgelde des Klägers in den letzten zwei Jahren auf 850 Mark an und erklärte sich bereit, 600 Mark davon dem Kläger wieder zurückzugeben. Auf dieser Grundlage kam der Vergleich auch zustande, der weiter die gute Wirkung hatte, daß zwei Tage später in dem betreffenden Caféhause sämtliche Prozentabgaben vom Trinkgelde abgeheftet wurden. Presse und Publikum in Wiesbaden hatten lebhaft gegen den Caféinhaber Partei genommen; bei der Bezahlung hatte man „ein Trinkgeld für den Herrn Inhaber“ ausdrücklich neben das Trinkgeld für den Kellner gelegt.

Soffentlich ziehen die Gastwirtschaftsgehilfen aus diesem Vorgang die nötigen Lehren. Denn dieselbe Unsitte, die hier in Wiesbaden öffentlich gebrandmarkt wurde, besteht auch an vielen anderen größeren Orten.

**Ueber die ersten Anfänge einer Arbeiterbewegung in der Türkei** macht die „Frankf. Ztg.“ einige bemerkenswerte Mitteilungen. Seitdem die Türkei eine Art von Verfassung erhalten hat, haben auch die Arbeiter bezüglich der Organisation einen tüchtigen Schritt nach vorwärts gemacht. In der Seebandelsstadt Saloniki haben sich bereits gegen 30 Berufsorganisationen gebildet, deren bedeutendste sich aus Tabakarbeitern, Spinnereiarbeitern, Lastträgern und den in den Seifenfabriken beschäftigten Personen zusammensetzen. Die Gesamtzahl der in Saloniki beschäftigten Arbeiter beläuft sich auf etwa 30 000, wobei ein verhältnismäßig starker Teil auf die Frauen und Mädchen entfällt. In den Spinnereien und Tabakmagazinen

einschließlich der Kaiserlichen Tabakregie sind etwa 17 000 weibliche Arbeiter tätig. Die Zahl der Kinder, welche bereits ihr Brot bei harter Arbeit verdienen müssen, wird auf 4000 angegeben. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich in den letzten Jahren wohl gebessert, läßt aber infolge der stets zunehmenden Verteuerung aller Bedarfsgegenstände viel zu wünschen übrig. Bei 11- bis 12-stündiger Arbeitszeit ist der durchschnittliche Tagesverdienst des männlichen Arbeiters 10 bis 15 Pfaster (1,65 bis 2,50 Mk.); die weiblichen Arbeiter verdienen nur 4 bis 10 Pfaster (0,70 bis 1,65 Mark), die Kinder 1 bis 5 Pfaster (20 bis 80 Pfg.). Es gibt sogar Industrien, in denen zumeist Mädchen beschäftigt werden und in denen die Arbeitszeit 14 Stunden täglich beträgt.

Nun beginnen die Arbeiter Vergleiche zu ziehen zwischen ihrer Lage und derjenigen der Arbeiter in den europäischen Staaten, wobei man auch die Lebensmittelpreise, Mieten usw. berücksichtigt, aber die bei weitem höheren Fähigkeiten des europäischen Arbeiters außer Acht läßt. An eine rasche Besserung der Verhältnisse auch auf dem Wege der Gesetzgebung glaubt man allerdings nicht. Die Arbeiterorganisationen gehen deshalb auch sehr maßvoll vor. Es hat sich unter ihnen eine sogenannte sozialistische Vereinigung gebildet, die mit allen Arbeitergruppen der europäischen Türkei in Fühlung getreten ist und Mittel und Wege zu finden sucht, die Arbeitgeber auf dem Wege friedlicher Verständigung zu einer fortschreitenden Besserung der Lage der Arbeitnehmer zu veranlassen, und es sind auch schon Erfolge erzielt worden. Die sozialistische Vereinigung, welche auch die moralische Beschaffenheit des Arbeitermaterials zu heben bestrebt ist, hat seit einiger Zeit unausgesetzt dahin gearbeitet, den Minister des Innern über ihre Lage aufzuklären, und rechnet bestimmt auf seine Unterstützung.

### Verbands-Teil.

#### An die Ortsverbandskassierer!

Trotz wiederholter Mahnungen im „Gewerbeverein“ ist auch jetzt noch ein erheblicher Teil der Ortsverbandskassierer mit der Abrechnung über die zum Verkauf zugefandenen Verbandsadressenverzeichnisse im Rückstande. Mit einer geordneten Kassenverwaltung läßt sich das nicht vereinbaren. Es wird deshalb hiermit noch einmal dringend darum ersucht, daß endlich das Veräumte nachgeholt wird und die Ortsverbandskassierer, welche noch nicht abgerechnet haben, umgehend die Beträge einsenden.

R. Klein, Verbandskassierer.

#### Versammlungen.

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-28. Während der Sommer-

monate fallen die Sitzungen des Diskussionsklubs aus. — **Gewerbevereine-Riedertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Lehungsstunde im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine (Greiner Saal). Bitte will. — **Sonnabend, 30. Juli.** Maschinenbau- und Metallarbeiter III. 8½ Uhr, Versammlung bei Kadau, Waldstraße 58. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 9-10 Uhr, Versammlung bei Wiele, Wälder- und Bärwalddstraße 42. Beitragsgabe und Billettabrechnung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Schumacher, Stallstr. 126. Vortrag des Herrn Kautenberg: „Wellschöpfung und Weltuntergang“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8½ Uhr, Versammlung Gerichtstr. 71. Vortrag des Kollegen Angermann: „Die gegenwärtige Arbeiterbewegung in Groß-Berlin“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8½ Uhr, Versammlung Böttgerstr. 22. Kohlenbestellung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Ortsversammlung bei Krull, Putzstr. 51. Wahl des Schriftführers u. A.

#### Orts- und Medialenverbände.

**Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Robelt, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 8. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, im Saal des Herrn Jansen, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — **Häfelndorf (Vollzeitschriftsitzung).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbau, Karlsruferstr. 29, Sitzung. — **Frankfurt a. M. (Ortsverband).** Sonntag, 31. Juli, Sommerfest im Garten und den Lokalitäten zum „Schwanen“, Leipzigerstr. 85. Festrede des Landtagsabgeordneten und Stadtrats Dr. Giesch. — **Selbstkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden 8. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Ludewigs. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Diskussionsabend. — **Herslohe (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Röln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiserstraße. — **Leipzig (Gewerbevereins-Riedertafel).** Die Lehungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsgemäße Mitglieder sind herzlich willkommen. — **W.-Glabbach (Sängerkor der Deutschen Gewerbevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Jansen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Waldheim (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Herrn Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerkor der Gewerbevereine).** Die Lehungsstunden finden je Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Robelt, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegele (Diskussionsklub für Tegele, Dorfstraße und Reimendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Kähler, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — **Weißensfeld a. S. (Gefangenenabteilung der Gewerbevereine).** Lehungsstunden jeden Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerbevereinskollegen sind herzlich willkommen. — **Weißensfeld (Diskussionsklub der Gewerbevereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

#### Briefkasten.

**Nach Stuttgart.** Festberichte dürfen laut Verbandsstatutbuch im „Gewerbeverein“ nicht mehr veröffentlicht werden.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Schriften, die jeder Gewerkeiner

in seiner Bibliothek besitzen muß:

- Reform des Arbeitsrechts** von Stadtrat Dr. Giesch, Frankfurt a. M. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerkeiner 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
- Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich** von Karl Goldschmidt. Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
- Weltausstellung und Arbeiterbewegung.** Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.
- Das Programm des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine und die Forderungen der einzelnen Gewerkevereine.** Der Preis der Schrift beträgt für Gewerkeiner für 1 Exemplar 15 Pfg., 5 Exemplare 70 Pfg., 10 Exemplare 1,20 Mk., 50 Exemplare 5 Mk., 100 Exemplare 9 Mk.
- Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerkevereine und ihres Verbandes 1907-1910.**
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von R. Schumacher.**
- Kranken der Invalidenversicherung von B. Hennig.**
- Neuregelung des Koalitionsrechts von B. Dieckhoff.** Für die letztgenannten vier Schriften beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/28, zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Bei kleineren Aufträgen ersuchen wir, den Betrag in Briefmarken einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/28. — Druck und Verlag: Goebede u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110

**Jauer (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Hospitium bei P. Robelt, Hospitalplatz 6.

**Oberhausen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterhütung im Bureau, Mühlheimerstraße 42.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterhütung bei Carl Müller, Erisgasse 2, Ecke Oberlaugengasse.

**Wassewall.** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterhütung beim Verbandskassierer Zerbst, Marktstraße 60.

**Prinzenau (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterhütung. Kartenausgabe beim Kol. A. Adam, Glogauerstr. 18.

**Chemnitz (Ortsverband).** Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Kelle, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgehändigt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kol. D. S. wald, H. A. G., Geneserstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentags von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

**Bayern i. Schlef. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterhütung von 75 Pfg. ausgehändigt beim Ortsverbandskassierer H. Kollie, Ring Nr. 14.

**Barth i. Pomern. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Poststraße 211b. Arbeitsnachweis bei

### Tischler und Polierer

bei hohen Eöhnen für sofort gesucht.  
**Steinway & Sons, Hof-Pianosfabrik, Hamburg, Schanzstr. 20-24.**

**Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeschenk bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgehändigt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Berger, Wilhelmstraße 10.

**Cottbus (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen R. Brunzel, Gartenstraße 1.

**Bayern i. Schlef. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterhütung von 75 Pfg. ausgehändigt beim Ortsverbandskassierer H. Kollie, Ring Nr. 14.

**Barth i. Pomern. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterhütung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Traugott, Bachstraße 2.

**Hamburg-Wilona (Ortsverb.).** Die Rechtsauskunftsstelle befindet sich beim Kollegen C. Diehl, Hamburg, Eilbenerstr. 19. III. Sprechzeit wochentags von 6-8 Uhr abds., Sonntags von 10-12 Uhr vormittags.

**Sommerfeld-Sachsen.** Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. beim Kol. Gustav Stiller, Sommerfeld, Wörnerstr. 61a.

**Hamm i. B. (Ortsverband).** Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, zugerechnet und arbeitshungrige Kollegen eine Karte, gültig für Abendessen, Nachtloft und Frühstück beim Verbandskollegen F. Friedr. Müller, Meerstraße 51.

**Schwabm. (Ortsverband).** Allen durchreisenden Gewerbevereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterhütung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Traugott, Bachstraße 2.